▶ Finanzkrise: Schulden, Korruption, verschleppte Reformen – Griechenland hat über seine Verhältnisse gelebt. Der Preis dafür wird hoch sein

Der griechische Patient

APA / SIMELA PANTZARTZI

Beschädigt: Griechenland wird nicht bankrott gehen, verspricht die neue sozialistische Regierung. Doch um die enormen Schulden abzubauen, stehen dem Land schmerzhafte Sparmaßnahmen bevor

VON **INGRID STEINER-GASHI**

In Kolonaki, Athens elegantestem Wohnviertel, ordinieren die prominentesten Ärzte des Landes. Bezahlt wird bar auf die Hand – und erstaunlich wenig,

REUTERS / OSMAN ORSAL

Premier Papandreou sieht das Land „auf der Intensivstation"

wenn man den offiziellen Steuerdaten der Villenbesitzer glauben darf: Demnach verdienen die Götter in Weiß jeweils kaum 2500 Euro pro Monat.

Eine getürkte Summe, die Griechenlands sozialistischer Finanzminister nicht länger hinnehmen will. Keine zwei Monate im Amt, ließ er sich die Steuerdaten aller in Kolonaki residierenden Ärzte vorlegen und versprach: Der Steuerhinterziehung, mit einem jährlichen Volumen von rund 30 Milliarden Euro nahezu griechischer Volkssport, wird ab sofort der Kampf angesagt.

Was so mancher Bürger im Kleinen schwindelt, praktiziert der Staat seit Jahren im großen Stil: Für seinen Euro-Beitritt 2001 schönte Griechenland seine Schuldenstatistik, an den internationalen Finanzmärkten wurde notorisch geschummelt, um das sich abzeichnende, düstere Wirtschaftsbild Griechenlands zu verschleiern.

Seit Vorliegen der neuesten Budgetdaten gibt es nichts mehr schönzureden: Mit 125 Prozent des Bruttoinlandsproduktes (BIP) wird Griechenland 2010 den höchsten Schuldenstand aller Euro-Länder aufweisen. Jahrelang hat das Land über seine Verhältnisse gelebt. Jetzt, wo die Krise Athen mit voller Wucht erfasst hat, folgte die harte Landung: Die Bewertungsagentur Fitch degradierte Griechenland von der oberen Klasse sicherer Schuldner (A–) auf die Stufe Südafrikas (BBB+). Dieser Absturz sorgte selbst in Athen, wo man den eigenen Statistiken kaum traut, für einen gewaltigen Schock.

Mit dem Versprechen, sofort Notmaßnahmen einzuleiten, wandte sich Premier Giorgos Papandreou an die Bevölkerung, warnte aber: „Das Land liegt auf der Intensivstation."

Vor dem Kollaps Zurückzuführen ist dies auf ein multiples Organversagen: Ein aufgeblähtes Beamtensystem, mangelnder Wettbewerb, jahrelang verschleppte Reformen, ein vor dem Kollaps stehendes Pensionssystem, eine Arbeitslosigkeit von 16 Prozent, Korruption und Klientelwirtschaft.

Dennoch gibt Wirtschaftsexperte George Pagoulatos dem griechischen Patienten Überlebenschancen: „Wir sind in Schwierigkeiten", konstatiert der Ökonom gegenüber dem KURIER, „aber das Gute ist: Zum ersten Mal haben wir eine Regierung mit einem klaren Bild, was zu tun ist." Sofort nach dem Wahlsieg der sozialistischen PASOK im Oktober hätten die ersten Gespräche über eine Pensionsreform und notwendige Kürzungen begonnen.

„Das kommende Jahr wird für Griechenland entscheidend", glaubt Pagoulatos. Er sieht „gute Chancen", so lange die „neue Regierung nicht in alte politische Handlungsmuster verfällt – nämlich bestimmte Interessengruppen, Parteien und Klientel zu bedienen".

Auch die Bevölkerung sei sich des Ernstes der Lage bewusst. Was noch lange nicht bedeute, so Pagoulatos, „dass man auch Verständnis für die kommenden Sparmaßnahmen hat. Schon gar nicht, wenn sie einen selbst betreffen." An schmerzhaften Einschnitten – von Steuererhöhungen über das Einfrieren von Löhnen bis hin zur Anhebung des Rentenalters – wird aber kaum ein Grieche vorbeikommen. Die sozialen Spannungen werden zunehmen. Die Prognose des Experten: „Im Grunde hat Griechenland nur zwei Optionen: Harte Maßnahmen oder noch härtere."

▶ **Gefahr für Eurozone?**

Solidaritätsgebot steht über dem Hilfsverbot

Europa ist sich einig: Griechenland muss die Last seiner schwer angeschlagenen Finanzen zunächst selbst stemmen. Ein Defizit Griechenlands jenseits der zwölf Prozent und eine Staatsverschuldung im kommenden Jahr von mehr als 120 Prozent stellt den Verbund der 16 Euro-Länder auf eine harte Probe. Doch in Euroland wird kein Mitglied fallen gelassen, auch wenn es keinen formalen Hilfsmechanismus untereinander gibt.

Um Defizit-Trittbrettfahrer zu verhindern, wurde in die Verträge sogar eine so genannte „No-Bailout"-Klausel aufgenommen – eine Art Verbot zur gegenseitigen finanziellen Hilfe. Doch im Artikel 2 des EG-Vertrages steht zuallererst das Solidaritätsgebot der EU-Staaten untereinander.

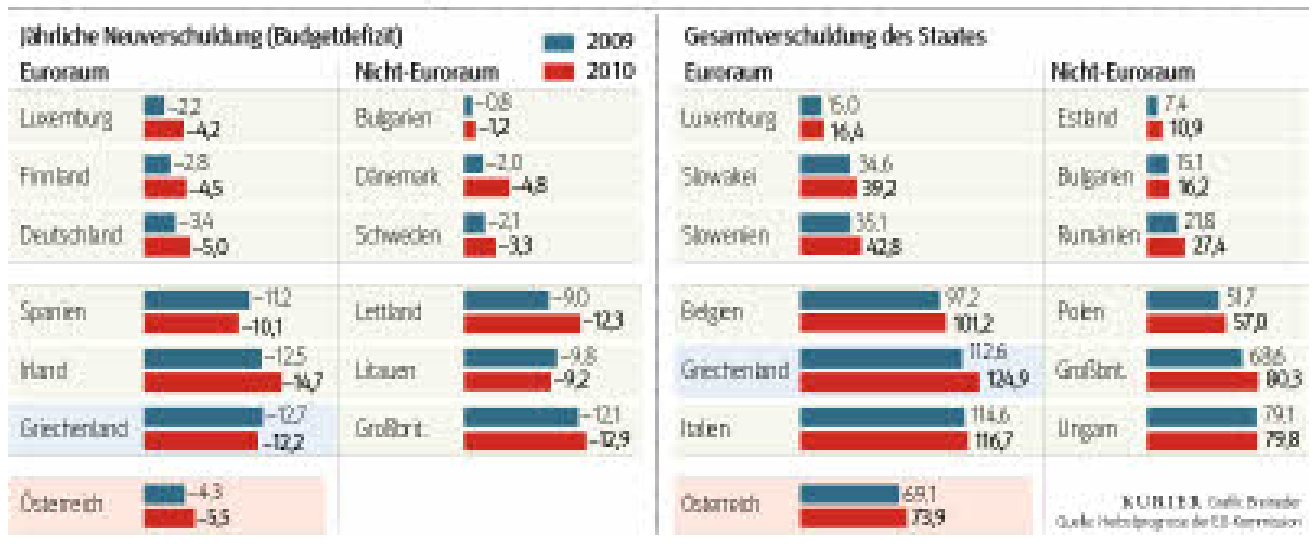
JÜRG CHRISTANDL

Europa-Experte Breuss: Land zu klein

Und auf dieses Gebot könnte sich auch Griechenland berufen und – sollte es nötig werden – eine Solidaraktion bei den Währungspartnern einfordern. Als Gegenleistung müsste Griechenland dann wohl oder übel harte Sanierungsvorgaben akzeptieren, wie dies etwa bei Kredithilfen durch den Internationalen Währungsfonds (IWF) auch nicht anders ist.

Europa-Experte Fritz Breuss ist sich aber sicher: „Zerreißen wird es die Eurozone nicht, dafür ist Griechenland als Volkswirtschaft zu klein. Wenn Deutschland oder Frankreich in derartige Bedrängnis kämen, wäre die Eurozone wohl tot." Breuss erinnert auch daran, dass Griechenland seine Budgetzahlen schon anlässlich des Euro-Beitritts massiv geschönt hatte und derzeit niemand sagen könne, wie schlecht es um das Land wirklich bestellt ist.

Klar ist aber, dass Griechenland, das gestern auch Thema auf dem EU-Gipfel in Brüssel war, weder in der Eurozone noch in der EU mit seinen Budgetproblemen allein da steht: Auch Spanien, Irland und vor allem Großbritannien haben Budgetdefizite jenseits der Zehn-Prozent-Marke. – Michael Bachner

Staatsschulden – die drei Besten und die Schlusslichter

Alle Angaben in Prozent des BIP / Österreich im Vergleich